

Europawahlprogramm (vorläufig, Stand: 31.01.09)

VIII. Kultur, Bildung und Forschung – Der GRÜNE Weg in die Wissenschaftsgesellschaft

Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und in seiner Entfaltung fördert, ist ein wichtiges Anliegen und zentraler Bestandteil unserer Politik. Es geht um gerechte Chancen der Bildung und des Wissenserwerbs, um die Entwicklung von kreativen Fähigkeiten, Selbstreflexion und den Umgang mit Vielfalt, um den Zugang zu den vielfältigsten kulturellen Betätigungsfeldern als Teil eines guten und selbstbestimmten Lebens und Zusammenlebens.

Wir begrüßen, dass die EU das Jahr 2009 als „Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation“ begeht. Die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen, Kultur und Sport ist für uns GRÜNE Ausdruck unserer Werteorientierung. Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird sie zu einem entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Dafür ist ein umfassender und grenzüberschreitender Zugang zu Bildung und Ausbildung notwendig. Die Entwicklung der EU wird wesentlich davon abhängen, ob gut ausgebildete, innovative und phantasievolle Menschen sich in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur engagieren. Wir begrüßen deshalb, dass die EU das Jahr 2009 als „Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation“ begeht.

Wir wollen die Wissensgesellschaft für alle Menschen ermöglichen. Grenzüberschreitende Lebens- und Lernerfahrungen der Einzelnen und ihre Förderung durch EU-Programme sind ein wesentlicher Beitrag hierzu. Sie machen Europa für jeden einzelnen Bürger und jede Bürgerin erlebbar und fördern die weitere Integration.

Europa ist geprägt von einer großen Vielfalt der Kulturen und Religionen. Es kann kein Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen geben, ohne dass auch Differenzen entstehen, die friedlich ausgehandelt werden müssen.

Der Dialog setzt voraus, dass man über Kenntnisse und Wertschätzung der eigenen Kultur verfügt, um andere als gleichberechtigt gelten lassen zu können. Die in Europa gelebte Sprachenvielfalt wird von uns als erstrangiges Kulturgut anerkannt.

Kulturelle Vielfalt ist lebendig und darf nicht auf reine Folklore oder den Namensschutz von Camembert, Feta und Halloumi reduziert werden. Basis und Ausdruck der kulturellen Vielfalt sind die Sprachen Europas - nicht nur Sprachen der Mehrheitsgesellschaften, sondern auch der Minderheiten sowie Esperanto als internationale Sprache der Völkerverständigung. Mehrsprachigkeit ist stark zu fördern.

Im Zeitalter des weltweiten Austauschs von Informationen und Kulturgütern spielen insbesondere digitale Medien eine zentrale Rolle. Eine allen zugängliche, aber auch verantwortungsvolle Verbreitung und Gestaltung dieser Medien erfordert einige grundsätzliche Regeln, die Datenschutzbestimmungen ebenso wie geistiges Eigentum und ethische Grundsätze gewährleisten.

Auslandserfahrungen für alle fördern

Wir wollen europaweite Mobilität zum Zwecke der Bildung und der Erlangung interkultureller Kompetenzen systematisch fördern. Lebens- und Lernerfahrungen im europäischen Ausland sind für die Persönlichkeitsentwicklung eine wichtige Bereicherung. Nicht nur Studierende, sondern auch Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dabei besser und effektiver unterstützt werden, um bis zu zwölf Monate lang in einem anderen Land Europas leben und lernen zu können. In Schulen und im Bereich der beruflichen Ausbildung sollen die Programme bekannter werden und leichter integrierbar sein. Wir wollen ein Austauschprogramm für Lehrerinnen und Lehrer, das systematisch in deren Aus- und Weiterbildung integriert ist. Wer die pädagogische Praxis und die Bildungssysteme auch anderer Länder kennt, kann Wissen besser vermitteln. Auch muss das freiwillige Engagement aller Generationen auf europäischer Ebene effektiver als bisher gefördert und anerkannt werden.

Lebenslanges lernen – europaweit

Wir wollen europaweit lebenslanges Lernen ermöglichen. Die duale Ausbildungen und Fortbildungen sollen so organisiert werden, dass auch für Teilabschnitte eine Vergabe von Leistungspunkten nach ECVET ermöglicht und damit ihre Anerkennung auf Vollqualifizierungen gewährleistet wird. Dies gilt insbesondere für Bildungseinheiten die im europäischen Umfeld erworben werden. Darüber hinaus wollen wir eine konsequente Verzahnung des Leistungspunktesystems der Hochschulbildung ECTS mit dem der beruflichen Bildung ECVET mit dem Ziel, die oft schwierigen Übergänge von der beruflichen in die akademische Bildung zu erleichtern. Es soll erreicht werden, die Leistungspunktesysteme der Hochschulbildung (ECTS) mit dem der beruflichen Bildung (ECVT) anschlussfähig zu gestalten.

Die Aus- und Fortbildung sollte darum in allen Mitgliedsstaaten modular organisiert, die einzelnen Abschnitte nach dem "European Credit System for Vocational Education and Training" (ECVET) zertifizierbar und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichergestellt sein.

Ausbildungssysteme durchlässiger machen

Wir wollen, dass die Beschränkungen in der beruflichen Mobilität endlich abgebaut werden. Die Bildungssysteme der Mitgliedsstaaten müssen durchlässiger und transparenter werden. Wer in einem Land eine Ausbildung durchlaufen oder einen Beruf ausgeübt hat, muss auch in anderen EU-Ländern die Möglichkeit haben, mit der gleichen oder vergleichbaren Tätigkeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Einzelne, fehlende formale Qualifikationen müssen unbürokratisch und in kurzer Zeit nachgeholt werden können. Jetzt kommt es darauf an, dass GRÜNE im Parlament und die Kommission Druck auf die Mitgliedsstaaten ausüben, die getroffenen Vereinbarungen zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) auch national umzusetzen. Eine europaweite Modularisierung, die sich auch auf die berufliche Ausbildung erstreckt, würde die Anrechenbarkeit von Ausbildungen über die Staatsgrenzen hinweg erleichtern. Im Rahmen der von der EU geförderten Programme ist daher darauf zu achten, dass Betreuungs- und Integrationsangebote für Familienangehörige mitberücksichtigt werden.

Studienleistungen europaweit anerkennen – den Bologna-Prozess weiterentwickeln

Wir wollen, dass Studierende ihre Studienleistungen europaweit anerkannt bekommen. Der Bologna-Prozess hat einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zum Ziel, in dem darin er-

worbene Abschlüsse und Studienleistungen gegenseitig anerkannt werden, um Studierenden und WissenschaftlerInnen ein Maximum an Mobilität und Austausch zu ermöglichen.

Doch die Umsetzung sieht in vielen Ländern katastrophal aus. Anstatt die Bildungssysteme zu öffnen und mehr Menschen den Zugang zu höherer Bildung zu guten Studienbedingungen zu bieten, werden in vielen Ländern die soziale Auswahl beim Hochschulzugang verstärkt und die Studienbedingungen durch die systematische Verschulung und zu hohe Arbeitsbelastung der Studierenden drastisch verschlechtert. Diesen Trend müssen wir umkehren, zumal er ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Lernen durch die strikten Vorgaben in den Studienordnungen erschwert. Wir wollen keine Fast-Food-Bildung!

Es ist unser erklärtes Ziel, mehr Schülerinnen und Schüler in ganz Europa zur Hochschulreife zu bringen und die Bildungsmobilität zwischen den Mitgliedstaaten deutlich zu verbessern. Deshalb treten wir für die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses innerhalb der EU ein.“

Forschung stärken

Wir wollen Wissenschaft und Forschung in der EU stärken. Ein Ausbau und eine Bündelung der Forschungsbemühungen in Europa ist notwendig, damit wir in einer globalisierten Wirtschaft, die von Wissen und Innovationen angetrieben wird, eine sozial gerechte und wohlhabende Gesellschaft weiterentwickeln können. Wir streben die Schaffung eines echten europäischen Forschungsraumes an und wollen WissenschaftlerInnen und deren Vernetzung stärken, auch indem wir die Mobilitätsunterstützung von Forscherinnen und Forschern, von Technologie und Wissen in der EU steigern. Wir wollen, dass sich die EU-Forschungsförderung, z.B. das EU-Forschungsrahmenprogramm, vermehrt an den drängenden Fragen unserer Zeit orientiert. Dazu gehören Fragen des Klimaschutzes und der Erhaltung der Artenvielfalt. Die meisten europäischen Staaten und auch Deutschland sind noch weit davon entfernt, ihr selbstgestecktes Ziel einzuhalten und 3 Prozent des BIP in die Forschung zu investieren. Die Vergabe der Mittel, aber auch die inhaltliche Ausrichtung der Forschungsprogramme müssen dabei auch die Richtlinien des Gender Mainstreamings berücksichtigen. GRÜNE setzen sich dafür ein, dass die Europäische Union ausreichende Mittel für Gender Studies an europäischen Universitäten zur Verfügung stellt und treten dafür ein, die Forschungsförderung in der EU unbürokratischer zu gestalten

Forschungsförderung demokratisch und transparent

Die Ziele europäischer Wissenschaftsförderung müssen demokratisch diskutiert und kontrolliert werden. Für die kulturelle Selbstverständigung einer Gesellschaft über ihre Grundlagen, ihre Grundwerte und ihre zukünftige Entwicklung sind die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften unerlässlich. Wir Grüne werden uns daher weiter für die Unterstützung der geisteswissenschaftlichen Forschung in Europa einsetzen. In den demokratischen Diskurs über die Ausrichtung europäischer Wissenschaftsförderung bringen wir grüne Überzeugungen und Werte ein.

Wir werden uns für eine verantwortungsvolle Handhabung und eine ethische Selbstbeschränkung der Forschung einsetzen, die sich um des Menschen willen mit Erkenntnisgrenzen bescheidet. Abzulehnen sind deshalb einzelne Bestrebungen in der Forschung, den vollkommenen, von Behinderungen freien und krankheitsresistenten Menschen zu garantieren.

Forschungsförderungen unbürokratisch ausrichten - Mikroprogramme fördern

Wir wollen die Antragsverfahren in der Forschungspolitik vereinfachen und den Zugang für kleine, flexible und insbesondere für innovative Hochschulen, Forschungsinstitute und Firmen verbessern. Auch differenzierte und regelmäßig ausschüttende Mikroprogramme sollten aufge-

legt werden, um gerade kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Außerdem muss der Zugang zu EU-Forschungsmitteln verbessert werden – durch einen gezielten Aufbau von Kapazitäten aber auch durch unbürokratische Ko-Finanzierungen von erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern um EU-Mittel. Gerade die Mitfinanzierung von Forschungsvorhaben soll durch Komplementärkredite der Europäischen Investitionsbank möglich gemacht werden.

Eine faire Balance zwischen Innovationsschutz und Wissenszugang gewährleisten

Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen und unterstützen daher das Open-Access-Prinzip. In der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft ist der ungehinderte Zugang zum jeweils neuesten Kenntnisstand die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Forschungsarbeit.

Heutzutage wirken sich insbesondere Patente immer häufiger als wettbewerbsverzerrend aus und vergrößern globale Ungerechtigkeiten. Wir wollen Patentlaufzeiten dort verkürzen, wo dies zu mehr Innovationsdynamik führt.

Der Schutz von Wissen muss immer im Einklang mit den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft und der internationalen Gerechtigkeit stehen. Wir fordern einen ausreichenden Schutz vor Wissensmonopolen. Patente dürfen nicht dazu missbraucht werden, Geschäfte zu Lasten der Schwächsten zu machen oder die Weiterentwicklung von Wissen, ökologischen Errungenschaften oder den Zugang zur gesundheitlichen Behandlung zu behindern. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Suchmaschinen und Telekommunikationsdienstleistungen. Die Neutralität von Kommunikationsnetzen ist im Sinne der Informationsfreiheit zu gewährleisten. Wir treten vielmehr für neue flexiblere Modelle ein, die den Zugang zu Wissen ermöglichen und bei denen der Urheber selbst entscheiden kann, wie viel Schutz er benötigt.

Kulturelle Vielfalt ist Reichtum - Europa eine Seele geben

"You will not fall in love with the the internal market. - Die Menschen werden sich nicht in den Binnenmarkt verlieben." Zur Begeisterung für Europa gehört mehr als der gemeinsame Binnenmarkt. Es gehören dazu Europas reiche kulturelle Vielfalt und unsere europäischen Erzählungen. Deswegen treten wir für eine Aufwertung europäischer Kulturpolitik ein, konzeptionell und finanziell. Mit der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt ist festgeschrieben, dass Kunst und Kultur einen Doppelcharakter haben. Sie sind mehr als wirtschaftliche Güter. Kunst und Kultur sind auch Träger von Sinn und Bedeutung. Deswegen dürfen sie nicht einfach den Regeln des Wettbewerbsrechts und der Handelslogik ausgeliefert werden. Die europäische Kulturpolitik muss die Vielfalt der Kulturen anerkennen und ausbauen. Dabei spielt die Lebens- und Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern für uns eine zentrale Rolle. Um deren Lebensgrundlage zu sichern und grenzüberschreitende Mobilität zu verbessern, setzen wir uns für die Absicherung ihrer Sozialleistungen ein.

Für kreative Städte und Regionen

Wir wollen Brücken der Innovation bauen zwischen Schulen, Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen, zwischen privaten und öffentlichen Institutionen - wohl wissend, dass die Zukunft der europäischen Städte und Regionen entscheidend an den Netzwerken der Kreativität und Innovation hängt, an einem weltoffenen, einbeziehenden, Toleranz fördernden Umgang mit menschlicher Kreativität. Vom "Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation" 2009 müssen Impulse ausgehen, die Kreativität und Innovationsfähigkeit nicht nur als Wirtschaftsressource, sondern als eine menschliche Eigenschaft begreifen, die auf vielen Feldern wirksam wird. Denn kreatives und innovatives Handeln ist nicht bloß eine Funktion im ökonomischen

mischen Verwertungsprozess, sie ist Teil des erfüllten und selbstbestimmten Lebens. Wir betonen die Autonomie künstlerischen Handelns. Wir streiten für Lern- und Ausbildungsformen, die Eigenständigkeit und Individualität fördern. Das Projekt Kulturhauptstadt Europas ist eine Erfolgsgeschichte und soll fortgesetzt werden.

Europäischen Film und neue Kunstformen stärken

Wir wollen das europäische Kino als Ausdruck europäischer Vielfalt und Schaffenskraft stärken. Wir werden uns im Europäischen Parlament wie in der Vergangenheit für europäische Filmproduktionen und deren Vermarktung durch die Weiterentwicklung des MEDIA Programms einsetzen und werben für die Schaffung eines europäischen Filmförderfonds. Unsere Filmförder- und Medienpolitik orientiert sich immer an Qualität und Vielfalt – und damit auch an der Unterstützung unabhängiger und kleiner Produzenten. Den Herausforderungen der Neuen Medien wollen wir uns umfassend stellen. Existierende Förderstrukturen müssen sich neuen, interaktiven Kunstformen öffnen.

Europäische Sportpolitik

Der Sport spielt in der europäischen Gesellschaft in den Bereichen Gesundheit, Integration, Prävention und Bildung eine herausragende Rolle. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Allerdings ist der Sport auch mit neuen Problemen und Herausforderungen konfrontiert wie der Ausbeutung junger Sportlerinnen, Doping, Rassismus, Gewalt, Korruption und Geldwäsche. Wir Grünen unterstützen deshalb den im Vertrag von Lissabon und im europäischen Weißbuch Sport angestoßenen Prozess einer gemeinsamen europäischen Sportpolitik, unter der Berücksichtigung der Besonderheiten und der weitgehenden Autonomie des Sports. Für uns Grüne ist besonders eine gesamteuropäische Strategie zur Bekämpfung des Dopings von Bedeutung. Wir wollen, dass der Handel mit Dopingsubstanzen in der gesamten Europäischen Union so verfolgt wird wie der illegale Drogenhandel. Außerdem kann unserer Überzeugung nach der Sport eine größere Rolle bei europäischer Integration und Verständigung spielen, zum Beispiel über Jugend- und Schulaustauschprogramme.

Qualität und Vielfalt bei den Medien garantieren

Wir wollen Medienvielfalt und –qualität. Sie ist Kern unseres medienpolitischen Selbstverständnisses und Grundlage einer lebendigen Demokratie. Dazu gehören für uns die Freiheit der Medien, zur Bereitstellung von BürgerInnenmedien wie Blogs und Offenen Kanälen, der Internet-Breitbandzugang für alle und die Sicherstellung der medialen "Grundversorgung" durch einen qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch über das Internet. Wir lehnen die Werbung für Produkte bei Fernsehfilmen weiterhin ab.

Wir kritisieren sexistische Darstellung insbesondere von Frauen in Medien. Wir fordern die europäischen Medienschaffenden auf, dieser klar und entschieden entgegenzutreten.

Safer Internet - Verantwortungsbewussten Umgang mit Medien stärken

Wir wollen das Internet als neue Chance für die freie Meinungsäußerung fördern. Dazu müssen bestehende Regeln endlich angewendet und unklare Rechtslagen beseitigt werden. In vielen europäischen Ländern droht das Recht auf freie Meinungsäußerung durch nationale Gesetzesvorhaben immer weiter eingeschränkt zu werden, wie die aktuelle Diskussion über den Einsatz von Internetfiltern zeigt. Grundrechte wie das Fernmeldegeheimnis und das erst kürzlich durch das Bundesverfassungsgericht geschaffene Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit

und Integrität informationstechnischer Systeme müssen europaweit durchsetzbar sein. Sie sind Voraussetzung für eine lebendige und freie Internetkultur. Sie müssen daher geschützt und dürfen nicht beschnitten werden. Die Verfolgung von gesetzwidrigen Inhalten und ihre strafrechtliche Behandlung benötigt aber EU-weite Bestimmungen. Die Förderung von Medienkompetenz ist elementarer Bestandteil um die Bedeutung dieser Rechte zu erfahren und um allen Menschen in Europa Teilhabe an der Digitalisierung zu garantieren. Gleichzeitig leistet die Vermittlung von Medienkompetenz wichtige Aufklärungsarbeit im Umgang mit neuen Medien. Dieses trägt dazu bei über exzessiven Medienkonsum und dessen Gefahren zu informieren, sei es im Bereich von Computerspielen oder auch unterschiedlicher Angebote im Internet. Technische Unterstützung zur Abwendung dieser Gefahren sollten leicht und frei zugänglich gemacht werden.

Europäische Digitalpolitik

Wir wollen neben dem Ausbau der Breitband-Infrastruktur die Stärkung des Datenschutzes fördern. Der Kampf gegen Softwarepatente zeigte, wie entscheidend die europäische Ebene für die Gestaltung unserer digitalen Zukunft ist. Zuletzt ging es beim Telekom-Paket darum, sicher zu stellen, dass Einschränkungen der Netzneutralität und unverhältnismäßige Kontrolle des Internets nicht die digitale Entwicklung Europas ausbremsen. Anstatt veraltete Geschäftsmodelle und Quasimonopole durch immer härtere Gesetze zu stützen setzen wir uns für faire Vergütungsverfahren ein. Zur Stärkung nachhaltiger Informationstechnik sind einheitliche Regelungen und Standards unverzichtbar. Hierbei und bei der Vergabe von Aufträgen nach europäischen Standards muss Freie und Open-Source-Software mindestens gleichberechtigt behandelt werden. Zum Datenaustausch mit und in der Europäischen Union dürfen keine Formate verwendet werden, die durch Patente oder unzureichende Standardisierung bzw. Dokumentation nur von einzelnen proprietären Produkten verwendet werden können.

Künstlerische Beiträge im Internet vergüten

Wir wollen faire Verfahren entwickeln, um Künstlerinnen und Künstler für die Bereitstellung ihrer Werke im Internet oder anderswo zu entschädigen. Im digitalen Zeitalter brauchen wir eine Stärkung der Rechte von VerbraucherInnen. Wir setzen uns für differenzierte Lösungen ein, die Pauschalvergütungen für Musik, Filme und andere Medien und Inhalte beinhalten können. Die Einführung einer Kulturflatrate, die die Nutzung von digitalen Kulturgütern für den nicht-kommerziellen Gebrauch ermöglichen soll, kann ein richtiger Weg dahin sein. Die Einnahmen müssen transparent und gleichberechtigt in erster Linie den Urhebern selbst zugute kommen. Die aktuell massenhaften Klagewellen, Eingriffe in die Privatsphäre, der Einsatz von DRM (Digitalem Rechte Management) oder die Filterung des Datenverkehrs lehnen wir klar ab. Sie sind ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer.